

Grenzen des Lächerlichen

Erwiderung auf „Die Karikaturen sind kein Ausweis von Aufgeklärtheit“, 21.10.

Sehr geehrte Frau Roether, was wollen Sie uns mit Ihrem Leserbrief sagen? Dass Samuel Paty an seiner Ermordung selbst schuld ist, weil er sie provoziert hat? Dass wir Verständnis für die verletzten religiösen Gefühle seines Mörders aufbringen müssen? Dass die laizistische Doktrin kein „Ausweis von Aufgeklärtheit“, sondern ein „Dominanz-Diskurs“ ist, der „sich bestens mit der Vorenthaltung gleicher Rechte für alle vereinbaren lässt“?

Letzteres verstehe wer will, aber ich will Ihnen zugute halten, dass sie die Karikaturen, um die es geht, nie gesehen haben. Das können Sie nicht, denn sonst wären Sie nie auf Ihre – offenen gesagt ekligen – Beispiele verfallen, mit denen Sie versuchen, einen Vergleich zu ziehen. Der hinkt, Sie werden es bestimmt auch noch von anderer Seite hören, ganz gewaltig.

Jeder, der seine Heimat verlässt und Zuflucht in einem fremden Land suchen muss, ist dem dortigen ordre public, den geltenden Bestimmungen und Regeln, unterworfen. Es versteht sich von selbst, dass er diese nicht aus den Angeln heben und durch die seines Heimatlandes ersetzen kann. Zum ordre public zählt in Frankreich wie bei uns nicht nur die Religions-, sondern auch die Meinungsfreiheit. Und zu der zählt auch die Satire. Jedwede Religion muss sich gefallen lassen, angegriffen und ins Lächerliche gezogen zu werden. In welchen Grenzen das zulässig ist, bestimmt wiederum der ordre public. Das Recht der freien Meinungsäußerung gestattet ausdrücklich den satirischen Umgang mit Religion. Das mag Ihnen zuwider sein, aber sogar die Kirchen haben sich damit abgefunden. Nehmen Sie die Juden: Die haben sich überall auf der Welt in den sie aufnehmenden Staaten klaglos den geltenden Regeln gefügt, obwohl ihr Glaube dort vielfach bis heute den hässlichsten Anfeindungen ausgesetzt ist. Aber sie haben das nicht zum Anlass genommen, Andersgläubigen den Kopf abzuschneiden. Frau Roether, Sie verteidigen etwas, das nicht zu verteidigen ist: Intoleranz.

Peter Arnold, Bad Homburg

Diskussion: frblog.de/paty

Noch mehr Beispiele

Fracking: Erwiderung auf „Eine Frage unserer Zeit“, FR-Forum vom 12.10.

Sehr geehrter Herr Brehm, Verkauf von Frackinggas in Deutschland, wo Fracking verboten ist. Oder: Verkauf von Textilien in Deutschland, wo die (Arbeits-)Bedingungen, unter denen sie produziert werden, in Deutschland verboten sind. Da gibt es doch sicherlich noch mehr Beispiele entsprechender Scheinheiligkeit. Stefan Horlacher, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschriften auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20201026. Übersicht: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Thomas Kaspar moderiert das Virtuelle Podium im Rahmen der Reihe „Dialog im Museum“ zum Thema „Datenschutz unter Quarantäne. Was ist legal, was erscheint legitim“. Infos und Anmeldung: <https://www.impact.hs-rm.de/de/teilverhaben/dialog-im-museum/>
Dienstag, 27. Oktober, 19 Uhr

Andreas Schwarzkopf spricht mit Irene Weipert-Fenner (HSFK) über „Pandemie und Proteste in der Mena-Region (Nahost und Nordafrika)“. Diskutieren Sie mit auf dem Youtube-Kanal der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen: boell-hessen.de/youtube
Dienstag, 27. Oktober, 19 Uhr

Claus-Jürgen Göpfert liest aus Erich Kubys Roman „Rosemarie“. Im Rahmen von „Frankfurt liest ein Buch“. Anmeldung empfohlen.
Donnerstag, 29. Oktober, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert „Trump, Trade, Turbulences“ der IHK Offenbach mit Candice Kerestan (Democrats Abroad), Richard Wilhelm (Republicans Overseas), Oliver Döring (Trützschler Nonwovens) und Andreas Wunderlich (American Food Club). Melden Sie sich zu der kostenlosen Online-Diskussion an auf: <https://www.offenbach.ihk.de/>
Donnerstag, 29. Oktober, 19.30 Uhr

Viele verstehen den Ernst der Lage nicht

Pandemie: „In die Offensive gehen“ und „Mitsprache fehlt“, FR-Politik vom 19. und 21. Oktober

Im März-Lockdown gingen die Zahlen schnell runter

Trotz aller „Maßnahmen“ verbreitet sich der Virus immer schneller: Binnen zehn Tagen hat sich die Zahl der positiv Getesteten verdoppelt. Mittlerweile werden schon wieder über tausend Menschen auf Intensivstationen behandelt, davon werden fast 500 beatmet. Binnen zehn Tagen sind in Deutschland 320 Menschen an Corona gestorben, davon in Hessen 48 und in Frankfurt 13 Menschen.

Vielleicht hilft eine regelmäßige Veröffentlichung dieser Zahlen, hinter denen dramatische Schicksale stehen, dass die Menschen den Ernst der Lage verstehen.

Die Verdoppelung der Inzidenz in Frankfurt von 71 auf 143 binnen sieben Tagen, die Verdoppelung der „aktiven Fälle“ in Hessen von rund 3200 am 13.10. auf rund 7000 am 22.10. erfordert viel weitergehende Maßnahmen. Im selben Zeitraum hat sich auch die Zahl der beatmeten Corona-Patienten und in In-

tensiv-Stationen fast verdoppelt. Es ist hinlänglich bekannt, dass zwischen Meldedatum und Erkrankungsverlauf zwei bis drei Wochen liegen.

Der Lockdown im März hat gezeigt, wie schnell die Zahlen dann hinuntergingen. Die seit der Kanzlerkonferenz am 14.10. eingeleiteten Maßnahmen hingegen führten lediglich zur oben angeführten Steigerung.

Peter Dressler, Frankfurt

Eigenverantwortung muss gelernt und geübt werden

Dass der Coronavirus immer noch da ist, bedeutet nicht, dass die bisherigen Regeln seit März falsch waren. Die Politik hat nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, da ist kein kollektiver Kontrollverlust erkennbar. Solidarität ist kein Akt der Vernunft, so dass jedes Individuum Regeln zu 100 Prozent befolgt. Eigenverantwortung muss in der Gegenwart gelernt und geübt werden, und am besten beginnt es in der Kita und Schule. Eigenverantwortung entzieht sich

auch im Einzelfall jeder Kontrolle durch staatliche Vorgaben und gut gemeinter Appelle.

Thomas Bartsch-Hauschild, Hamburg

Ein Minister, der seine Macht missbraucht hat

Mit der anstehenden Erweiterung des Infektionsschutzgesetzes soll ausgerechnet dem Verfassungsfeind Spahn eine ausufernde Machtbefugnis eingeräumt werden. Schon bei der Missachtung der höchstrichterlichen Entscheidungen beim Thema Sterbehilfe (BVerwG §c 19.15 v. 02.02.207 u. BVerfG 2 BvR 2347/15 v. 26.02.2020) hat dieser Minister bewiesen, dass er ein potenzieller Diktator ist, der der Exekutive Vorrang vor der Judikative gibt. Ich kann nur hoffen, dass unsere Volksvertreter im Bundestag mit restriktiven Kontrollbefugnissen diesem machtmissbräuchlichen Minister enge Fesseln im Rahmen der Gesetzesberatung und -verabschiedung anlegen.

Reiner Hausbalk, Eppstein

Diskussion: frblog.de/corona

Die neuronale Maschine Mensch

Künstliche Intelligenz: „Mensch oder Maschine?“, FR-Wirtschaft vom 17. Oktober

Die ignorante, letztlich selbstverachtende Weltsicht vieler Menschen, die im Bereich KI arbeiten, ist aktuell und auch schon in den Anfängen der sogenannten Künstlichen Intelligenz offenkundig. Es begann in Aussagen wie: Der Mensch ist ein „informationsverarbeitendes System“ unter anderen, der Mensch ist eine „neuronale Maschine“ (Dartmouth Konferenz 1956; hier wurde der Begriff Artificial Intelligenz geprägt). Gesteigert wurde die Weltsicht z.B. deutlich durch die nahezu faschistoide Aussage des KI-Pioniers Marvin Minsky „Das Gehirn ist per Zufall eine Maschine aus Fleisch.“ Wobei er im Englischen von „meat-machine“ (meat = totes Fleisch) sprach, noch nicht mal von lebendigem Fleisch = flesh.

Vor wenigen Wochen hat bei einem populären Vortrag zum

Stand der KI-Forschung ein junger Wissenschaftler aus dem Bereich KI zunächst vom ganzheitlichen Ansatz seiner Forschungen berichtet, einer Arbeitsgruppe, der z.B. auch Soziologen angehörten. Auf ausgeblendete moralische, ethische Fragestellungen zur KI angesprochen, hat er im Wesentlichen nur dargelegt, dass sei nicht sein Ansatz. Ihn interessiere die Technik von Bilderkennung.

Die Entwicklung zeigt verschärft die Diagnose von Günther Anders („Die Antiquiertheit des Menschen“) aus den 1950er Jahren: „Die Technik ist nun zum Subjekt der Geschichte geworden, mit der wir nur noch ‚mitgeschichtlich‘ sind.“

Der Berücksichtigung von Erkenntnissen von Geisteswissenschaftlern der letzten 60 Jahre werden wir in der Ethik, der

Technikfolgenabschätzung für eine menschengerechte Leben im Einklang mit der Natur nicht gerecht. Während Joseph Weizenbaum (Computerwissenschaftler) schon vor Jahren zu bedenken gab: „Wir sollten gelernt haben, dass die Nebenwirkung von Dingen, die wir in die Welt setzen, viel umfassender sind als die Erfindungen selbst“, versuchen Politiker wie Christian Lindner mit Parolen wie: „Digital first. Bedenken second“ Wählerstimmen zu erhalten.

Wer kann die Größenwahnvorstellungen von KI-lern mit ihren Auswirkungen auf unsere Leben stoppen? Können nur Viren, denen noch nicht mal der Status Leben zugestanden wird, uns vor uns selber schützen?

Wilmar Steup, Pohlheim

Diskussion: frblog.de/ki

Die Nato ist seit 1991 überflüssig

Zu: „Nato plant Weltraumzentrum in Ramstein“, FR-Politik vom 23. Oktober

Das ist das überflüssigste politische Projekt der Welt. Es baut auf den Fieberfantasien Donald Trumps von einem „Krieg im Weltraum“ auf. Es wäre sehr viel gescheiter, wenn die ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrats einen „Vertrag über den Verzicht auf Kriegführung im erdnahen Weltraum und über die gemeinsame Reinigung des erdnahen Weltraums von Weltraumschrott“ abschließen würden.

Die Nato ist seit dem 1. Juli 1991 überflüssig. Damals wurde anlässlich des Zerfalls der Sowjetunion der militärische Gegner, der Warschauer Pakt, aufgelöst.

Die USA brauchen aber weiterhin eine Knüppel für die Erreichung ihrer weltpolitischen Ziele, wie Afghanistan bewiesen hat. Deshalb wurde die Nato nicht aufgelöst, sondern nach Osten erweitert. Die europäischen Nato-Staaten haben bis heute nicht begriffen, dass das nicht in ihrem Interesse war. Putin will keinen Krieg gegen den Westen, sondern mit dem Westen Geschäfte machen („Nordstream 2“). Man macht ein Land nicht mit Atombomben platt, in dem man Profite erwirtschaften will.

Die gefährlichste Unterlassung, die sich Nato-Europa gelei-

tet hat, war angesichts der totalen Unfähigkeit des amtierenden US-Präsidenten, die Nato verantwortungsbewusst zu führen, die Mitgliedschaft im Bündnis bis zum Ende der Amtszeit Trumps einzufrieren. Der Lauf der Weltpolitik bedarf einer knallharten Kurskorrektur. An Außenminister Maas ergeht die Forderung, den seit 1945 fehlenden UN-Implementierungsplan zur Absichtserklärung von 1945 als Forderung in die UN-Generalversammlung einzubringen! Ein Krieg im Weltraum wird die Erde nicht aussparen, auch nicht das Weiße Haus!

Otfried Schrot, Hannover